

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 199 | Sonntag den 29. August 1920 | 79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Fettverteilung.

Auf den Abschnitt „N“ der Landesfettkarte werden auf die Zeit vom 30. August bis 5. September 1920 50 Gramm Butter ausgegeben.

Die Krankenbutterkarten werden gleichfalls mit 50 Gramm Butter beliefert.

Meißen, am 26. August 1920.

Nr. 969 II O.

Kommunalverband Meißen-Land.

Markenfreier Verkauf von Frühkartoffeln

Montag den 30. August 8-11 und 1-4 Uhr neue Schule. Das Pfund 28 Pfg.

Wilsdruff, am 27. August 1920. Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsamt.

Biehzählung.

Auf Grund der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 7. August 1920 findet am 1. September eine Viehzählung statt, die sich auf Rinder, Schafe, Schweine und Ziegen erstreckt.

Die Aufnahme erfolgt mittels Ortslisten nach dem Stande in der Nacht vom 31. August zum 1. September. Die Beteiligten wollen den mit der Nachprüfung beauftragten des Stadtrats in zweckdienlicher Weise Auskunft erteilen.

Wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geld bis zu 10000 Mark bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorkhandeln verschwiegen worden ist, im Urteile für dem Staate verfallen erklärt werden.

Wilsdruff, am 28. August 1920.

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Im parlamentarischen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird Außenminister Dr. Simons in den nächsten Tagen einen Bericht über die Lage erstatten.

Der Reichsfinanzminister hat eine weitere Erleichterung im Steuerabzug bei Einkommen bis zu 30000 Mark angeordnet.

An maßgebender Stelle schätzt man die russischen Gesamtverluste bei der polnischen Offensive auf 250000 Mann.

Von den vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften ist eine Note an die Polenführer ergangen, in der von den Polen gemachte Vorschläge angenommen und neue hinzugefügt werden; durch gemeinsames Vorgehen soll die Ruhe wiederhergestellt werden.

Im Danziger Staatsrat hielt der englische Oberkommissar eine heftige Drohschreiben gegen die Stadt.

Der Erste Seelord der englischen Admiralität hat sich zur Prüfung der politischen Lage nach Danzig begeben.

Osterreich erucht die Entente um mildere Friedensbedingungen, da der unterzeichnete Vertrag unausführbar ist.

Die polnische Regierung hat die russischen Friedensvorschläge rundweg abgelehnt.

Berständigung in Oberschlesien?

Gemeinsamer Aufruf geplant.

Der Hauptausführer der vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften und des Plebiszitarkommissariats für Deutschland hat in der Nacht auf Freitag Korfanty folgende Verständigungsnote überreicht:

Als Ergebnis der zwischen Ihnen und Herrn Rechtsanwalt Wollny einerseits und den Herren Horner, Miska und Samitarski Dr. Bloch andererseits am 23. August erfolgten Besprechungen sind folgende vier Punkte als Vorschlag von polnischer Seite festgelegt worden:

1. Entferrnung der Sicherheitspolizei und Ersatz derselben bis zur völligen Aufstellung einer Abwärtspolizei durch eine bewaffnete Einwohnerwehr (Hilfspolizei), die sich zur Hälfte aus Polen und zur Hälfte aus Deutschen zusammensetzt. 2. Ausweisung derjenigen, die nach dem 1. August nach Oberschlesien zugezogen sind, aber Ausnahmen, die durch berufliche, geschäftliche oder sonstige billige Interessen der Betroffenen gerechtfertigt sind, entscheidet eine paritätische aus Deutschen und Polen bestehende Kommission unter dem Vorsitz eines neutralen, internationalen Kommissars. 3. Die Weigerung, die Waffen niederzulegen oder abzugeben, soll mit den härtesten Strafen, mindestens mit einjähriger Zuchthausstrafe und mit Verlust des Abstammungsrechtes gesühnt werden. 4. Von den politischen Parteien und Gewerkschaften auf polnischer und deutscher Seite soll ein gemeinsamer Aufruf an die Bevölkerung zur Rückkehr und zum Frieden erlassen werden.

Diese vier Punkte finden unsere Zustimmung. Zu Punkt 2 wollen wir nicht entscheiden, inwiefern es an 3 Absatz 6 des Artikels 88 des Friedensvertrages im Gegensatz steht. Es liegt im Sinne Ihrer Vorschläge, wenn wir im Interesse des Friedens in Oberschlesien und der Sicherstellung dauernder ungehörter Fortführung des Wirtschaftens noch folgende Punkte hinzusetzen:

5. Zeitlicher Terror gegen Andersdenkende hat zu unterbleiben, insbesondere in jeder Hinsicht durch Gewalttätigkeit oder Drohungen in Arbeitsbetrieben oder Privatleben, jeder Zwang wegen Zugehörigkeit zu einer politischen oder wirtschaftlichen Organisation untersagt.

Zur Überwachung der Durchführung dieser Vereinbarungen ist für das Abstammungsgebiet eine paritätische Kommission aus Deutschen und Polen unter Vorsitz eines Vertreters der internationalen Regierungs- und Plebiszitarkommission einzusetzen. Als ersten Akt des ernüchterten Willens beider Teile zur Durchführung der getroffenen Vereinbarungen halten wir die sofortige Veröffentlichung des unter Punkt 4 vorgesehene Aufrufs an die Bevölkerung für notwendig. Wir sind zu der sofortigen Veröffentlichung dieses Aufrufs bereit und erwarten von Ihnen das gleiche. Sie haben unsere Vertreterin versichert, daß ein Aufruf Ihresseits den Frieden in Oberschlesien binnen 48 Stunden wiederherstellen würde. Sollten Sie daher zögern, so

müßten wir daraus entnehmen, daß Sie den gegenwärtigen ungeklärten Zustand billigen und daß Sie zur Verwirklichung Ihrer Zusagen nicht gewillt oder nicht in der Lage sind.

Kein Generalfreitag.

Von der preussischen Staatsregierung wird mitgeteilt: „Nachdem den Führern der Gewerkschaften und der politischen Parteien in den Verhandlungen von den Funktionären der Internationalen Kommission die bestimmte Zusicherung gemacht ist, daß jetzt die Entlassung restlos durchgeführt und Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werden solle, ist beschlossen worden, sei es auch um den Preis der Umformung der Sicherheitspolizei in eine paritätische Bürgerwehr, von der Durchführung des Generalfreites abzusehen, weil das Vertrauen besteht, daß die nunmehr gegebenen Zusicherungen auch ausgeführt werden. Nichtsdestoweniger darf man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß, wenn sich auch diesmal herausstellen sollte, daß es bei Versprechungen bleibt, und die Internationalen Kommission nicht gewillt oder nicht in der Lage ist, Ordnung zu schaffen, dann der Ausbruch des Generalfreites zu erwarten ist.“

Die Aufstandsbewegung

hat auch die Kreise Groß-Strehlitz und Oppeln ergriffen, in denen verschiedene Dörfer, darunter Malapane, von Aufständischen besetzt worden sind. Die Familie des Grafen Strachwitz ist aus Groß-Strehlitz geflüchtet. Bei Himmelwitz im Kreise Groß-Strehlitz kam es zu einer langen Schießerei zwischen Sicherheitspolizei und Aufständischen. Letztere behielten, wie sich aus Gefangenenaussagen ergibt, aus lauter jungen Burschen im Alter von 18 bis 20 Jahren. Unter der beschlagnahmten Munition wurden einwandreier Dumm-Geschosse festgestellt. Der Parole aus Streifabdruck haben die polnischen Arbeiter nicht Folge geleistet. Deutsche Arbeitswillige werden an der Arbeit gehindert.

Korfanty an die Polen.

Der polnische Abstammungskommissar Korfanty hat mit den sämtlichen polnischen Organisationen folgenden Aufruf erlassen, indem er erwähnt wird, daß die Sicherheitspolizei Oberschlesien verläßt, und der mit folgenden Worten schließt: Wir rufen euch deshalb zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, zumal die Gründe zum Streik nicht mehr vorhanden sind. Gleichzeitig rufen wir euch auf zur Abgabe der Waffen, die bis zum 28. August beim Gemeindevorsteher niedergelegt werden müssen. Des weiteren müssen sofort alle Angriffe auf die deutsche Bevölkerung und die Revision in den Häusern, Straßenbahnen, Eisenbahnen und Straßen unterlassen werden.

Bergewaltigung Danzigs!

Eine Drohschreiben des englischen Oberkommissars.

Die Weigerung der Danziger Arbeiterschaft, Wamilton für Polen auszulassen und der Antrag der verfassunggebenden Versammlung an den Oberkommissar, im polnisch-russischen Krieg Danzigs Neutralität zu verlinken, hat zu einem scharfen Konflikt zwischen Danzig und Sir Reginald Lomer geführt. Dieser erschien nämlich daraufhin in der letzten Sitzung des Danziger Staatsrates und hielt dort eine regelrechte Drohschreiben. Er macht in seinen Ausführungen darauf aufmerksam, daß die Stadt noch lange kein Freistaat, sondern von der Gnade der Entente abhängig

sei. Lomer beschwerte sich darüber, daß Danzig durch die verfassunggebende Versammlung die Neutralität Danzigs ausgesprochen habe und daß die Danziger Polenarbeiter durch ihre Weigerung, Kriegsmaterial für Polen aus den Schiffe zu löschen, die Bestimmungen des Friedensvertrages verletzen hätten. Er machte darauf aufmerksam, daß die Alliierten in diesen Tagen beschließen werden, ob die Stadt Danzig überhaupt noch ein freies Verfügungsrecht über ihren Hafen behalten dürfe. Wahrscheinlich wäre schon der Beschluß gefaßt, daß der Artikel 104 des Friedensvertrages in Kraft trete, und den Polen die Benutzung des Hafens untersagt werden würde. In Frankreich seien gegen ihn schon Vorwürfe über seine ungenügende Haltung wegen Danzig erhoben worden. Jetzt müsse er den Entente-Regierungen Auskunft geben, ob er die Erklärung Danzigs zu einem Freistaat für möglich halte. Er wisse nicht, was er darauf sagen solle, da die Vorparlamentarier im Hafen sich so gehalten, daß die Alliierten sich das nicht gefallen lassen

Die Antwort des Oberbürgermeisters.

In seiner Erwiderung suchte Oberbürgermeister Sahm darauf, daß die Verfassunggebende Versammlung der Stadt keineswegs ihre Befugnisse überschritten hätte, als sie dem Wünsche Ausdruck gab, daß der Oberkommissar als gegenwärtiger Träger der Souveränität die Neutralität ausspreche. Vorgekommene Gewalttaten von Arbeiterseite verurteilte die Stadt, aber diese Gewalttaten seien nicht eigentlich von den Hafenarbeitern verübt worden. Die Arbeiter zu zwingen, irgendeine Arbeit zu verrichten, die sie nicht verrichten wollten, sei allerdings die Danziger Regierung so wenig in der Lage als irgendeine andere Regierung in der Welt. Der Bürgermeister hat den Oberkommissar, seine Ausführungen zur Kenntnis der alliierten Mächte zu bringen, damit bei der Entscheidung für die Zukunft Danzigs diese Gründe berücksichtigt werden könnten.

Zusammenbruch der Roten Armee.

40 000 Franzosen an der Front.

Es ist nicht zu verkennen, daß die polnische Offensive ein voller Erfolg ist und die russische Armee einer Katastrophe zureicht. So schätz man an maßgebender Stelle die Gesamtverluste der Bolschewiken durch die polnische Gegenoffensive auf mindestens 250 000 Mann. Davon sind 100 000 Mann auf deutsches Gebiet übergetreten, 100 000 Mann in polnische Gefangenschaft geraten und mindestens 50 000 Mann tot oder verwundet. Aus dem letzten polnischen Berichtsbericht ist folgendes hervorzuhoben:

„An der Nordfront ist das bolschewistische Komitee in Soldau an unsere Truppen ausgeliefert und vor ein Kriegsgericht gestellt worden. Der Rest der vierten Sowjetarmee hat sich nach heftigen Kämpfen einen Weg durch Chorzelo in der Richtung auf Kolno gebahnt, das von unserer vierten Division gehalten wird. Die polnische Nordarmee verfolgt den Feind andauernd und hat Osobice eingenommen. An der Zentralfront haben unsere Truppen Kolno, Stabiska und Aniszyn eingenommen. Dabei wurden die 14. und 15. Sowjetarmee umringt. Der von allen Seiten bedrückte Feind zieht sich nun zusammen und versucht die Luftkammerung zu durchbrechen. Wir machten von neuem 3000 Gefangene, darunter einen Divisionskommandeur, und nahmen über 20 Geschütze, 22 Maschinengewehre, sowie wertvolles Kriegsmaterial.“

Polnische Soldaten in Janow, einem Städtchen hart an der Südgrenze Ostpreußens, sagten aus, daß 40 000 französische Mann Hilstruppen, darunter eine Division Kolonialtruppen, die als 24. französische Division bezeichnet wird, in dieser Gegend eingesetzt werden sollen. Auch schwarze Truppen sollen bereits in der Gegend zwischen Warschau und Breslau liegen.

Polnische Gewalttaten gegen Deutsche.

In Thorn kam es zu schweren Ausschreitungen der Polen gegen die Deutschen. Es werden nämlich jetzt alle fünfzehn bis fünfzig Jahre alten Deutschen, auch die nach 1908 zugezogenen, gezwungen, entweder Weerdienst zu leisten oder für Deutschland zu optieren. Am 21. August wurden diejenigen, die für Deutschland optieren, in grausamer Weise durch Messerschläge und Stockschläge mißhandelt. Ein Thorer Kaufmann wurde durch vier Messerschläge in den Kopf schwer verletzt, außerdem wurde ihm der Unterleib durch Stockschläge abgehackt. Die Mißhandlungen spielten sich von morgens 9 Uhr bis 1 Uhr mittags unter den Augen von Offizieren und Mannschaften ab, die dazu lachten. — In Schöndorf wurden die Leichen dort erschossener Deutschen in der Höhe des Rathhofs hingeworfen, von polnischen Weibern und Kindern bespuckt und geschändet. Der Bierer Müller beorderte die Särge und beerdigte die Leichen. Müller wurde mit noch 35 Deutschen verhaftet und nach dem Militärgerichtsgefängnis in Thorn gebracht. Die Gefangenen wurden in empörender Weise mißhandelt.

Moskau gibt nach.

Die Sowjetregierung hat dem Ultimatum, das Voffour im Namen Lond Georges an sie geteilt hat, nachgegeben. Die Antwort Russlands traf bereits in London ein und wurde von Ramenew und Krassin überreicht. Obgleich der vollständige Text der englischen Regierung noch nicht übermittelt wurde, weil Anfang und Schluß des Telegramms